



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 14. September 2020  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **P 365 Postulat Keller Daniel und Mit. über eine differenzierte Maskenpflicht im Detailhandel / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Das Postulat P 365 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung. Daniel Keller hält an seinem Postulat fest.

Daniel Keller: Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) spricht von einem eigentlichen Blindflug im Bereich der Massnahmen. Diesen Eindruck habe ich auch, wenn ich den bunten Flickenteppich an Restriktionen über die verschiedenen Kantone, Länder und die ganze Welt hinweg betrachte. Es gilt in diesem Wirrwarr einen kühlen Kopf zu bewahren, was wir dem kantonalen Führungsstab durchaus attestieren können. Dementsprechend ist die regierungsrätliche Antwort kurz und bündig und sicher richtig in Bezug auf den Status quo. Leider hat die Regierung aber nicht berücksichtigt, dass das Postulat dies klar prospektiv sieht und zur Prüfung anregt, wie man in Zukunft differenziert bezüglich des Maskentragens im öffentlichen Raum und im Detailhandel vorgehen könnte. Es fehlen auch weitere Angaben hinsichtlich Anzahl Kunden, Grösse des Ladens usw. Besonders wenn eine weitere Verschlechterung der Infektionslage im Kanton Luzern eintreten sollte, werden wir uns solche Fragen stellen müssen. Darum kann man nicht von einem erfüllten Postulat sprechen, und darum ist auch eine Ablehnung falsch. Vielmehr wäre es angezeigt, wenn sich der Rat klar zu einem differenzierten Vorgehen im Bereich des Detailhandels bekennen würde und damit bei der weiteren Entscheidungsfindung im kantonalen Führungsstab seine Meinung klar einbringt. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären. Vergessen wir eines nicht: Das Volk will keine Maskenpflicht. 90 bis 95 Prozent tragen in den Geschäften keine Maske. Diejenigen, die zur Risikogruppe gehören, können schon jetzt jederzeit eine Maske tragen. Diesen Tatsachen muss man Rechnung tragen, und wir haben bereits ein Schutzkonzept, das greift. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass das Maskentragen in den Geschäften die Infektionszahlen senkt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen Selbstverantwortung übernehmen. Sie wird heute schon dort übernommen, wo sich Bürgerinnen und Bürger bedroht fühlen, ich erinnere an die Helmtragequote auf der Skipiste, wofür es kein Obligatorium gibt. Auch auf dem Velo tragen viele ohne Gesetz freiwillig einen Helm. Also muss ein solches Gesetz hier auch nicht eingeführt werden. Bitte unterstützen Sie mein Postulat.

Mario Cozzio: Zugunsten eines speditiven Ratsbetriebes verzichte ich auf ein langes Votum. Der Postulant hat mit seinem Schreiben Befürchtungen geäussert, welche der Regierungsrat mit seiner Stellungnahme beseitigen konnte. Die GLP-Fraktion begrüsst im Ernstfall die differenzierte Maskenpflicht und folgt deshalb dem Regierungsrat, indem sie das Postulat infolge Erfüllung ablehnt.

Noëlle Bucher: Wenn wir in der Corona-Krise etwas gelernt haben, dann das, dass sich das Virus nicht an Pläne hält. Wir sehen uns wieder mit steigenden Fallzahlen konfrontiert, diese waren zuletzt im April so hoch. Aus meiner Sicht ist es aktuell nicht angebracht, politische vor epidemiologische Überlegungen zu stellen. Dass sich die SVP aktiv gegen eine Maskenpflicht in einem Teil der Geschäfte stemmt – trotz gegenteiliger Empfehlung der Kantonsärzte –, ist aus unserer Sicht stossend. Der politische Widerstand entbehrt zudem jeglicher wissenschaftlichen Grundlage. Ist es tatsächlich so, dass in kleinen Läden die Abstände besser eingehalten werden können? Gibt es Studien, die belegen, dass Personen bei einer Maskenpflicht weniger in Geschäften, sondern vermehrt online oder im Ausland einkaufen? Bereits im Juli, als die Zahlen noch viel tiefer waren, hat das BAG den Kantonen empfohlen, in den Läden eine Maskenpflicht einzuführen. Ich gebe es zu, ich bin ein grosser Fan von Alain Berset. Aber er und das BAG sind nicht der Grund, warum ich den Vorstoss heute ablehne. Sollte der Kanton Luzern nämlich zum Schluss kommen, eine Maskenpflicht in Geschäften sei verhältnismässig – beispielsweise weil auch in Luzern die Fallzahlen wieder steigen –, dürfen politische nicht vor epidemiologischen Überlegungen stehen. In der Regel erinnern sich Personen nicht an andere Personen, denen sie in Geschäften begegnet sind. Im Falle einer Ansteckung wäre das Contact-Tracing in einem Laden praktisch unmöglich. Weil Masken das Risiko einer Übertragung deutlich senken, sehe ich davon ab, bei einer Maskenpflicht ein differenziertes Vorgehen zu wählen. In einer kaum frequentierten Buslinie im Entlebuch gilt genauso eine Maskenpflicht wie in einem Zug, der zu Stosszeiten zwischen Luzern und Zürich pendelt. Die G/JG-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Räto B. Camenisch: Es ist leider eine Tatsache, dass das Management der aktuellen sich zu einer zweiten, wenn auch etwas abgeflachten, Welle entwickelnden Corona-Pandemie eine schwierige Angelegenheit geworden ist. Das BAG spricht dann auch von einem eigentlichen Blindflug im Bereich der Massnahmen. Diesen Eindruck habe ich auch, wenn ich den bunten Flickenteppich an Restriktionen über die verschiedenen Kantone, Länder und die ganze Welt hinweg betrachte. Eigentlich ist dies auch nicht verwunderlich, da es für alle eine erste Erfahrung in diesem Ausmass ist und die Expertenmeinungen diametral divergieren. Dazu kommt eine immer militantere Bewegung von Corona-Leugnern, die in dieser schweren Zeit leider immer abstrusere Ideen und Weltanschauungen einbringen und mit der eigentlichen Problemstellung vermischen. Es gilt in diesem Wirrwarr einen kühlen Kopf zu bewahren, was wir dem kantonalen Führungsstab durchaus attestieren können. Dementsprechend ist die regierungsrätliche Antwort kurz und bündig und sicher richtig in Bezug auf den Status quo. Leider hat die Regierung aber nicht berücksichtigt, dass das Postulat dies klar prospektiv sieht und zur Prüfung anregt, wie man in Zukunft differenziert bezüglich des Maskentragens im öffentlichen Raum und im Detailhandel vorgehen könnte. Besonders wenn eine weitere Verschlechterung der Infektionslage im Kanton Luzern eintreten sollte, werden wir uns solche Fragen stellen müssen. Darum kann man nicht von einem erfüllten Postulat sprechen, und darum ist auch eine Ablehnung falsch. Vielmehr wäre es angezeigt, wenn sich der Rat klar zu einem differenzierten Vorgehen im Bereich des Detailhandels bekennen würde und damit bei der weiteren Entscheidungsfindung im kantonalen Führungsstab seine Meinung klar einbringt. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Simone Brunner: Die SP-Fraktion nimmt die sehr kurze Stellungnahme der Regierung zum vorliegenden Postulat zur Kenntnis. Wir sind der Meinung, dass die Kompetenz für die Art und Weise sowie der Zeitpunkt einer allfälligen Einführung einer Maskenpflicht bei der Regierung liegt und nicht in diesem Rat diskutiert werden sollte. Aber – ich nehme Bezug auf das Postulat P 351 – sollte eine Einführung der Maskenpflicht im Detailhandel näher diskutiert werden, verlangen wir, mit den Betroffenen das Gespräch zu suchen, was wohl bereits gemacht wird. Sollte es zu wirtschaftlichen Auswirkungen kommen, müssen unterstützende Massnahmen geprüft werden. Mir ist bis heute nicht klar, warum das Postulat P 351 nicht dringlich erklärt wurde, denn es würde einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, auch dem Anliegen von Daniel Keller nachzukommen. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Adrian Nussbaum: Wir sind überzeugt, dass die Regierung seit Beginn der Corona-Krise gute Arbeit geleistet hat und dass die Regierung auch im Zusammenhang mit der Maskenpflicht gute Arbeit leisten wird. Wir sind zudem froh, dass der Kanton Luzern bis heute alle Massnahmen immer in Absprache mit den anderen Kantonen ergriffen hat, insbesondere mit den Zentralschweizer Kantonen. Wir vertrauen darauf, dass die Regierung auch bei einer Maskenpflicht im Detailhandel den richtigen Weg finden wird. Es ist in unseren Augen heute nicht der richtige Zeitpunkt, um in diesem Rat über ein solches Vollzugsthema zu diskutieren. Der Vorstoss der SVP ist ein Maulkorb für unsere Regierung und ein Misstrauensvotum gegen sie und giesst Öl ins Feuer für alle, die behaupten, der Bundesrat und die Kantonsregierung verhielten sich in dieser Krise falsch. Die CVP-Fraktion unterstützt darum den Antrag auf Ablehnung des Postulats wegen Erfüllung.

Patrick Hauser: Daniel Keller pocht auf Eigenverantwortung, ein Anliegen, das der FDP natürlich sehr nahe liegt. Es gilt aber nicht nur die Eigenverantwortung, sondern auch den Gemeinsinn hochzuhalten. Wenn der Postulant betont, dass das Maskentragen bereits zum Selbstschutz möglich sei, dann lässt er damit ausser Acht, dass es auch dem Schutz der anderen dient. Das ist bisher wissenschaftlich unbestritten. Dass weder Eigenverantwortung noch Gemeinsinn effektiv funktioniert haben, hat die Einführung der Maskenpflicht im öV gezeigt. Erst mit dem Obligatorium wurden Masken getragen, vorher wurde man blöd angeschaut, wenn man im öV eine Maske trug. Zusätzlich, und das wird ebenfalls ausser Acht gelassen, spielt das Thema Corona-Müdigkeit hier eine wichtige Rolle. Die FDP ist überzeugt, dass man gewillt ist, differenzierte Massnahmen zur Verhinderung eines zweiten Lockdowns – was das Schlimmstmögliche wäre – zu treffen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Ablehnung des Postulats wegen Erfüllung.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich verstehe das Votum von Kantonsrat Daniel Keller nicht ganz. Sie haben von der Regierung verlangt, dass sie eine Maskenpflicht differenziert in Bezug auf Ladenflächen und Personenzahlen einführen würde, falls eine Maskenpflicht aufgrund der Lage notwendig würde. Das haben wir gemacht. Sie haben im Votum von einem Gesetz gesprochen, ein solches machen wir nicht. Sie müssten mit unserer Stellungnahme zufrieden sein und der Regierung ein Kompliment machen, dass sie so vorausschauend denkt. Wir haben verschiedene Gespräche mit aktiven Detaillisten geführt, unter anderem mit Kantonsrat Markus Gehrig, welcher tagtäglich im Laden steht und zugleich im Vorstand des Detaillistenverbandes ist. Ich habe auch mit den Detaillisten gesprochen, bei denen ich auf dem Land einkaufe. Die Regierung hat entschieden, die Maskenpflicht wenn nötig einzuführen, dann aber Ausnahmen zu ermöglichen, wie das der Kanton Neuenburg gemacht hat. Wir beurteilen aber immer die tatsächliche Situation. Welche Voraussetzungen müssen vorhanden sein, damit der Kanton eine Maskenpflicht in den Läden einführt? Die Anzahl Fälle ist nicht mehr so wichtig, es geht darum, wie viele Personen positiv getestet wurden. Der Bund spricht von 5 Prozent, wir würden bereits bei 4 Prozent handeln. Dann schauen wir die Situation im Gesundheitswesen an, vor allem betreffend die IPS-Betten. Wir prüfen, ob wir das Contact-Tracing noch sicherstellen können. Zudem schauen wir auf die Nachbarkantone, denn das Virus macht vor einer Kantonsgrenze nicht halt. Vor allem die Hauptverkehrsachsen A2 und A4 werden angeschaut. Der Kanton Zürich hat in den letzten zwei Wochen über 60 Infizierte auf 100 000 Bewohner. Wir haben Pendlerströme von Luzern in den Raum Zug und Zürich und umgekehrt von täglich zirka 30 000 Personen. Wenn Zürich ein eigener Staat wäre, müssten alle Pendler zehn Tage in Quarantäne. Zürich hat die Maskenpflicht in den Läden eingeführt. Das Virus wird über den Raum Zug von Zürich in die Zentralschweiz kommen, ob es uns passt oder nicht. Darauf bereiten wir uns vor. Die Zielsetzung des Regierungsrates ist es, Neuansteckungen einzudämmen und die Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, und zwar ambulant und stationär. Wir wollen das wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Leben unbedingt weiterführen, und vor allem wollen wir eine zweite Welle und damit einen zweiten Lockdown verhindern. Daniel Keller hat eine Schönwettersituation für den Kanton Luzern dargestellt, aber über das letzte Wochenende ist viel gelaufen. Wir hatten ungefähr zehn Ansteckungen, zwei Tote und

mussten eine Kita schliessen. Ich habe Massnahmen für ein Spital eingeleitet, ebenso für ein Altersheim. Wir hatten ein Problem mit einem Club, in dem eine infizierte Person war. Das Contact-Tracing funktionierte nicht, da die Adressen und Telefonnummern nicht korrekt waren. Unsere Leute sind tagtäglich im Einsatz, teilweise 15 Stunden lang und auch über das Wochenende. Es ist nicht so, dass bei uns alles in Ordnung ist. Wir versuchen, dies ruhig zu machen. Aber dort, wo wir etwas umsetzen müssen, machen wir dies bestimmt und lassen uns nicht bremsen, sei das von einer Partei, einer Fraktion oder einem Verband. Wir wollen das Leben im Kanton Luzern weiterführen können, und dafür brauchen wir gewisse Rahmenbedingungen. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat ab.